



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 22.01.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:22 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion
Jan Riedel	CDU-Stadtratsfraktion, Teilnahme ab 16:12 Uhr
Katja Müller	Fraktion Die Linke
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr.med. Detlef Wend	Volt/MitBürger
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Tim Kehrwieder	Fraktion der FDP / FREIE WÄHLER
	Vertretung für Andreas Silbersack

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
	Beigeordneter für Finanzen und Personal
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Thomas Stimpel	Referent für Finanzen und Personal
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Andreas Silbersack	FDP / FREIE WÄHLER
--------------------	--------------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Bürgermeister Geier** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Geier schlug vor folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.6

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum BLACKOUT-Konzept für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2024/00615

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **Im Fachausschuss vom Antragssteller als erledigt zu erklären**

TOP 4

Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2024

→ **Vorschlag: vertagen**

Es gab keine Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung.

Frau Müller vertagte im Namen ihrer Fraktion

TOP 7.5

Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Sicherung der Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf

Vorlage: VIII/2024/00388

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Somit bat **Herr Bürgermeister Geier** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2024

VERTAGT

5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Teilnahme von zwei Stadträtinnen und Stadträten an der 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2025 in Hannover
Vorlage: VIII/2024/00491
 - 6.2. Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten (m/w/d) für Stadtentwicklung und Umwelt
Vorlage: VIII/2024/00616
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Wiedereinführung eines Strafantrags durch die HAVAG bei Erschleichung von Beförderungsleistungen
Vorlage: VIII/2024/00376
 - 7.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung aller zukünftigen Beschlussvorlagen der Verwaltung zu Auswirkungen auf den motorisierten Individualverkehr und die Stellplatzverfügbarkeit
Vorlage: VIII/2024/00503
 - 7.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger
Vorlage: VIII/2024/00612
 - 7.4. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines Pilotprojektes für einen weitestgehend ampelfreien Glauchaer Platz
Vorlage: VIII/2024/00613
 - 7.5. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Sicherung der Kleingärten und Angelgewässer in Bruckdorf
Vorlage: VIII/2024/00388
 - 7.6. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum BLACKOUT-Konzept für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2024/00615
8. Mitteilungen
 - 8.1. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Nach- und Vorbereitung der Weihnachtsmärkte 2024 und 2025
Vorlage: VIII/2024/00649
 - 8.2. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Auflistung hallescher Sportstätten
Vorlage: VIII/2024/00610
 - 8.3. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi zur Einrichtung eines Runden Tisch „sicheres Stadtleben“
Vorlage: VIII/2024/00618
 - 8.4. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi zur Überarbeitung des Anmeldeprozedere für Veranstaltungen
Vorlage: VIII/2024/00619

VERTAGT

ABGESETZT

- 8.5. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi zur Einführung eines Stadtführers, in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH
Vorlage: VIII/2024/00620
- 8.6. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Thomas Schied zur Beschilderung Schopenhauerstraße/Reilstraße
- 8.7. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zum Thema Orgacid
- 8.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zur Dieselstraße
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2024
12. Beschlussvorlagen
 - 12.1. Zahlung einer Zulage im Rahmen der Anwendung der Fachkräfte-Richtlinie der VKA im Fachbereich Immobilien
Vorlage: VIII/2024/00670
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragestille 1 zum HH 2025

Fragesteller 1 bezog sich auf die Erhöhung Kitakostenbeiträge und sagte, dass keine Änderungen zur Beschlusslage gefunden wurden, wie sich dies auf den Haushalt auswirken könnten. Er fragte, ob vor dem Genehmigungsverfahren durch das Landesverwaltungsamt noch Anpassungen am Haushalt vorgenommen werden.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass Änderungen erst nach der Stadtratssitzung vorgenommen werden, wenn die Beschlusslage klar ist.

Fragesteller 1 fragte, ob es dann zu einer Sondersitzung kommen wird.

Herr Stimpel antwortete, dass die neue Satzung, die die Änderung der Kitakostenbeitragssatzung beinhaltet, in der Anlage beigefügt ist. Er sagte, dass dann nur

die Produktansätze im Haushaltsplan entsprechend geändert werden, durch Beschluss des Stadtrates.

In dieser Form würde es dem Landesverwaltungsamt vorgelegt werden. Er sagte, dass keine Sondersitzung erforderlich ist.

Herr Bürgermeister Geier ergänzte und verwies auf den Beschlusspunkt 3 in der Vorlage, die Ermächtigung für den Oberbürgermeister dies dem Landesverwaltungsamt sofort vorzulegen.

Fragesteller 1 fragte, ob das Konsolidierungskonzept nochmal geändert wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass dies alles von den beiden Vorlagen, die im Stadtrat sind, umfasst ist.

zu 3.2 Fragesteller 2 zum HH 2025

Fragesteller 2 bezog sich auf den städtischen Haushalt und fragte, wo die Stadt Einsparungen vornehmen könnte.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass eine Diskussion im Rahmen der Hauptausschusssitzung nicht der passende Ort ist. Er verwies auf den Finanzausschuss, wo solche Themen besprochen werden können.

Fragesteller 2 sagte, dass in allen Ausschüssen Geld für viele Projekte bestätigt wird. Er fragte, warum man nicht beispielsweise an kulturellen Einrichtungen spart, um die Erhöhung der Kitakosten zu umgehen.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass dies nicht nur eine Frage der Verwaltung, sondern auch der Stadtratsfraktionen ist. Die Zielstellung der Verwaltung ist es, einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf einzureichen. Über die entsprechenden Positionen werden dann im Zuge der jeweiligen Haushaltsberatungen diskutiert. Er sagte, dass letztendlich alles in eine Gesamtabstimmung einfließt.

Frau Brederlow sagte, dass die Erhöhung der Kitakostenbeiträge nicht der Schuldentilgung dient. Es geht dabei um die Abfederung der entstandenen Mehrkosten in den Kindertageseinrichtungen, wie zum Beispiel die Erhöhung der Gaspreise oder der Betriebskosten.

zu 3.3 Fragesteller 3 zur Energiewende

Fragesteller 3 bezog sich auf die Pflichtzahlung von 91 Millionen Euro, die die Stadt leisten muss, und fragte, was die Stadt gegen die Energiewende unternimmt, um diese zu bewältigen?

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Stadt 89 Millionen Euro Bundes- und Landesaufgaben erfüllen muss, die nicht ausgeglichen werden. Er erklärte, dass die Stadt die Rechtslage der Energiewende, die im Moment in Deutschland gilt, entsprechend umsetzt und der Fahrplan, den die Stadtwerke mit den Energieinitiativen und der Stadt ausgearbeitet

haben, mit dem Landesverwaltungsamt abgeklärt wird. Er verwies auf den Haushaltsentwurf 2025, in dem eine erste Rate dieses Programms enthalten ist. Weiter verwies er darauf, dass die Stadtwerke und die EVH, wenn der Energiemarkt dies zulässt, die günstigeren Preise an ihre Kundschaft weitergeben.

Fragesteller 3 bezog sich auf den großen Stellenabbau in Deutschland und sagte, dass viele Firmen die Produktion im Ausland bevorzugen. Er fragte, wie dies finanziell abgesichert werden soll.

Herr Bürgermeister Geier bezog sich Windenergie und sagte, dass in Sachsen-Anhalt mit Abstand die meiste Energie aus Wind produziert und anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt wird. Weiter sagte er, dass immer mehr Balkonsolaranlagen genutzt werden, was den Energiemarkt abdeckt.

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse in der vergangenen Sitzung.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Teilnahme von zwei Stadträtinnen und Stadträten an der 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2025 in Hannover Vorlage: VIII/2024/00491

Herr Bernstiel schlug im Namen seiner Fraktion Herrn Riedel vor. Er informierte, dass die Fraktionen sich bis zur kommenden Stadtratssitzung auf zwei Personen einigen wollen.

Frau Müller schlug im Namen ihrer Fraktion Frau Fromme vor.

Herr Eigendorf schlug im Namen seiner Fraktion Frau Prof. Dr. Fuhrmann vor.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde Frau Brasche vorgeschlagen.

Herr Vierkant kritisierte, dass die AfD-Fraktion nicht mit einbezogen wird. Er bezog sich auf den Beschlusspunkt 3 und fragte, wie diese Regelung zustande kam.

Herr Paulsen erklärte, dass die Verwaltung sich an der Verfahrensweise der letzten Jahre orientiert hat. Sollten die Stadträtinnen und Stadträte eine andere Vorgehensweise wünschen, ist die Verwaltung dafür grundsätzlich offen.

Herr Heym regte an, dass vor der Beschlussfassung Vertreter benannt werden.

Herr Dr. Wend schlug im Namen seiner Fraktion Herrn Ferdinand Raabe vor.

Herr Heym kritisierte die Vorgehensweise.

Frau Müller sagte, dass es jeder Fraktion obliegt, Vorschläge einzureichen.

Herr Heym bezog sich auf seine Anregung und die Absicht seiner Fraktion, bis zur Stadtratssitzung einen Vertreter vorzuschlagen.

Herr Paulsen erklärte, dass die Beschlussvorlage heute zur Kenntnis genommen und zur Stadtratssitzung abgestimmt wird. Er bat um schriftliche Übersendung der Vorschläge, die dann in der Vorlage ergänzt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **beraten**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass und die Stadt Halle (Saale) als stimmberechtigte Mitglieder bei der 43. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover vertreten.
2. Die Gewährung von Erstattungen von anfallenden Kosten nach § 7 der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger durch die Stadt Halle (Saale).
3. Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates auf Vorschlag der jeweiligen Fraktion über die Vertretung.

**zu 6.2 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten (m/w/d) für
Stadtentwicklung und Umwelt
Vorlage: VIII/2024/00616**

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass der Ausschreibungstext sich an der letzten Ausschreibung orientiert.

Herr Bernstiel kritisierte den Wahltermin und sagte, dass es bisher noch nie einen Wahltermin gab, wo nur ein Monat zwischen der Amtszeit und der Entscheidung, wann ein Beigeordneter oder Beigeordnete gewählt wird, lag. Er sagte, dass ein Monat für Abstimmungen zu knapp bemessen sind. Er regte an, künftig eine Frist von mindestens drei Monaten zu beachten.

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

- 1.) Der Tag der Wahl für den Beigeordneten (m/w/d) für Stadtentwicklung und Umwelt wird auf den 25.06.2025 festgelegt.
- 2.) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Stellenausschreibung öffentlich bekannt zu machen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Wiedereinführung eines Strafantrags durch die HAVAG bei Erschleichung von Beförderungsleistungen Vorlage: VIII/2024/00376

Herr Heym führte in den Antrag seiner Fraktion ein und bezog sich auf eine Entscheidung der HAVAG, dass keine Strafanzeigen mehr wegen Schwarzfahrens gestellt werden sollen, da ein erhöhtes Beförderungsentgelt, wie ein Ordnungsgeld, wirkt. Er sagte, dass im Gegensatz zum Falschparken, wo das Fahrzeug identifizierbar ist, die finanzielle Problematik des Schwarzfahrers ungelöst bleibt. Ziel des Antrages ist es, eine Evaluierung der Situation zu fordern, um einen rechtsfreien Raum bei wiederholtem Schwarzfahren und Nichtzahlung des erhöhten Entgelts zu vermeiden.

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass es für alle nicht in Ordnung ist, wenn man ohne Ticket fährt. Er bezog sich auf Aussagen und Erfahrungen der ehemaligen Stadträtin Hanna Haupt, die jahrelang solche Menschen im Roten Ochsen betreut hat. Er werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Heym argumentierte, dass der Verzicht auf Strafanzeigen bei Schwarzfahren einen rechtsfreien Raum schafft und andere Eigentumsdelikte rechtfertigen könnte. Die individuelle Prüfung und Ahndung von Verstößen durch die Gerichte sei notwendig, um die Akzeptanz des Rechtsstaates zu gewährleisten. Das Schaffen von Sonderrechten in der Stadt würde ein großes Problem darstellen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Wiedereinführung eines Strafantrages durch die HAVAG (Hallesche Verkehrs AG) bei mehrfacher, mindestens 3-facher, Erschleichung von Beförderungsleistungen und gleichzeitiger Nichtzahlung des erhöhten Beförderungsentgeltes in der Gesamtschau der Problematik sinnvoll und geboten ist.

zu 7.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung aller zukünftigen Beschlussvorlagen der Verwaltung zu Auswirkungen auf den motorisierten Individualverkehr und die Stellplatzverfügbarkeit Vorlage: VIII/2024/00503

Herr Raue sagte, dass die Verwaltung gebeten wird, Auswirkungen auf die Stellplatzverfügbarkeit in den Beschlussvorlagen auffälliger zu kennzeichnen. Ziel soll es sein, dass die Stadträtinnen und Stadträte sowie die Einwohnerinnen und Einwohner schneller erkennen, wo Parkplätze durch Baumaßnahmen oder Projekte wegfallen beziehungsweise wo neue Parkplätze benötigt werden. Er sagte, dass die fehlenden

Parkplätze in der Stadt den Betriebsverkehr und die Familien generell belasten.

Herr Heym kritisierte, dass die Auswirkungen von Vertretern der Verwaltung in Ausschusssitzungen nicht umfassend und oft erst nachträglich erläutert werden, wodurch die Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert wird. Er verwies auf ein Wahlprogramm eines Oberbürgermeisterkandidaten, das wegfallende Stellplätze nur noch mit Genehmigung des Oberbürgermeisters fordert.

Herr Bernstiel bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass die AfD-Fraktion mit diesem Antrag in den übertragenen Wirkungskreis eingreift. Er verwies auf Stadtratsbeschlüsse genau zu diesem Thema, wo immer berücksichtigt werden soll, welche Parkplätze weggestrichen werden. Weiter sagte er, dass es eine Übersicht der Verwaltung gibt, welche Parkplätze in Zukunft wegfallen und welche nicht. Er werde dem Antrag in der Form nicht zustimmen.

Herr Raue sagte, dass ihm keine Übersicht der Verwaltung bekannt ist. Er wies darauf hin, dass seine Fraktion nicht in den übertragenen Wirkungskreis eingreifen möchte. Das Ansinnen ist, dass die Stadträtinnen und Stadträte in den regulären Planungsprozess mit einbezogen werden.

Herr Heym sagte, dass ihm nicht erschließt, wie eine einfache Auskunft, die die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme angibt, in den übertragenen Wirkungskreis unzulässiger Weise beeinträchtigen kann.

Herr Bernstiel bezog sich auf die Aussage von Herrn Raue, dass der Stadtrat in jeder Vorlage, die mit Baumaßnahmen zu tun hat, automatisch eingebunden ist. Es wird immer von der Verwaltung vorgelegt, welche Parkplätze wegfallen.

Herr Raue betonte, dass seine Fraktion sich nicht nur für den Stadtrat, sondern auch für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Er forderte von der Verwaltung eine Begründung, warum die angeforderten Informationen einen Eingriff in deren Handlungsspielraum darstellen. Er fragte die Verwaltung, wo die Übersicht, die Herr Bernstiel angesprochen hat, zu finden ist.

Herr Rebenstorf erklärte anhand des Beispiels Stadtbahnprogramms Elsa-Brändström-Straße, dass die Stadträtinnen und Stadträte einen Baubeschluss erhalten, in dem hinterlegt ist, wie viele Stellplätze im Bestand sind und wie viele Plätze wegfallen, weil die Gleisanlage oder eine Baumreihe sich verschiebt. Er verwies auf die vorgeschlagenen Varianten, wo sich die Verwaltung für eine Vorzugsvariante entscheiden muss und aus der im Regelfall klar hervorgeht, welche Veränderungen vorgenommen werden.

Er bezog sich auf den Wegfall von Parkplätzen im übertragenen Wirkungskreis und erklärte, dass die Stadträtinnen und Stadträte hierfür keine Vorlage erhalten. Er verwies auf ein Beispiel im vergangenen Jahr, wo die Feuerwehrezufahrt zu klein war und vergrößert werden musste. Hierbei sind Parkplätze weggefallen, was im übertragenen Wirkungskreis stattfand.

Herr Raue sagte, dass man mit diesem Wegfall der Parkplätze im übertragenen Wirkungskreis eine Sensibilisierung erreicht werden soll, wo Einwohnerinnen und Einwohner in der Vorlage gleich erfassen können, wo und wie viele Parkplätze weggefallen sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis Februar 2025 einen Kriterienkatalog zur Prüfung der Auswirkungen aller Beschlussvorlagen der Stadtverwaltung auf den mobilen Individualverkehr und den ruhenden Verkehr, insbesondere die Entwicklung der verfügbaren öffentlichen Stellplätze, zu erarbeiten.

Allen relevanten Beschlussvorlagen ist künftig ein Prüfergebnis als Entscheidungsgrundlage beizufügen. Insbesondere ist auszuweisen, ob die sich aus der Beschlussvorlage ergebende Maßnahme im betreffenden Planungsgebiet zu einer Veränderung der öffentlichen Pkw-Stellplätze führt und ob diese dauerhaft oder temporär ist.

Das sich hieraus ergebende Saldo bezüglich der Veränderung an verfügbaren öffentlichen Stellplätzen ist deutlich und nachvollziehbar auszuweisen.

zu 7.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger Vorlage: VIII/2024/00612

Herr Heym führte in den Antrag seiner Fraktion ein und sagte, dass dieser darauf abzielt, eine umfassende Übersicht über alle Fördermittel zu erhalten, die die Stadt, das Land oder der Bund bereitstellt. Der Anlass für den Antrag war eine Prüfung des Landesrechnungshofes, der Mängel in der Dokumentation dieser Fördermittel festgestellt hat. Er kritisierte die Stellungnahme der Verwaltung und schlug vor, eine detaillierte Stellungnahme in die Fachausschüsse zu bringen, um eine faktenbasierte Diskussion zu ermöglichen. Er betonte, dass die rechtlichen Bewertungen der Fördermittel für die geplante Übersicht nicht zwingend erforderlich sind.

Herr Raue kritisierte, dass die Verwaltung den Fraktionen nicht ausreichend hilft und stattdessen erwartet, dass sie selbst nach Informationen suchen. Er betonte, dass viele Beschlüsse öffentlich sind und die Bürger ein Recht auf Informationen haben. Es schlug vor, einmal jährlich eine Übersicht zu erstellen, um den Bürgern den Zugang zu Informationen zu erleichtern.

Herr Stimpel erklärte, dass im Juli 2024 eine Gesamtübersicht als Mitteilung vorgelegt wurde, wo sämtliche Förderungen von Vereinen enthalten sind. Er betonte, dass alle Fördermittel oder Zuweisungen vom Land in der Tabelle aufgelistet sind und diese auch öffentlich für die Bürgerinnen und Bürger einsehbar sind.

Herr Heym sagte, dass die bereitgestellten Informationen unvollständig sind, insbesondere in Bezug auf die kumulierte Betrachtung von Beihilfeleistungen und zusätzlichen Vergünstigungen. Er forderte Klarheit und hinterfragte die Behauptung, dass alle notwendigen Informationen bereits vorliegen, da dies nicht der Fall sei.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass dies nicht zum Antrag passt, da nichts von Beihilferecht erwähnt wird. Weiter sagte er, dass alle Stellen, die aus dem Stadthaushalt Geld bekommen, dies öffentlich nachweisen müssen.

Herr Heym sagte, dass seine Fraktion den Antrag konkretisieren wird, damit die sich hier offenbaren Missverständnisse ausgeräumt werden können.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass mit einer Konkretisierung die AfD-Fraktion zusätzlich etwas verlangt, was die Stadt gegenüber dem Landesrechnungshof bereits zugesagt hat.

Herr Heym widersprach der Aussage von Herrn Geier.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung legt dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) jährlich in seiner Sitzung im September Übersichten über alle eigenen Leistungen an die jeweiligen im Kalenderjahr bewilligten Zuwendungen aus Bewilligungen aufgrund folgender Sachverhalte vor:

1. Der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit.
2. Der Richtlinie über die Förderung der freien Jugendhilfe.
3. Richtlinie über die Gewährung zur Förderung des Sportes.
4. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit.

Zur inhaltlichen Vervollständigung hierzu auch die Leistungen anderer öffentlicher Mittelgeber erfasst und ausgewiesen.

zu 7.4 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines Pilotprojektes für einen weitestgehend ampelfreien Glauchaer Platz
Vorlage: VIII/2024/00613

Herr Vierkant führt in den Antrag seiner Fraktion ein und sagte, dass der Grund für die Überweisung in den Hauptausschuss die Stellungnahme der Verwaltung war, welche empfiehlt, den Antrag abzulehnen und ihn als unzulässigen Eingriff bezeichnet. Er kritisierte, dass im Ausschuss der Beigeordnete die Erhöhung der Unfallzahlen nicht ausreichend belegen konnte. Er betonte, dass eine klare Begründung für die Ablehnung wichtig gewesen wäre, um die Öffentlichkeit besser zu informieren.

Er bezog sich auf das generelle Verfahren von Stellungnahmen der Verwaltung und kritisierte, dass oft persönliche Meinungen eingebracht werden und keine sachliche Wertung vorgenommen wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der Antrag damit begründet ist, dass es Sache im übertragenen Wirkungskreis ist.

Er bat Herrn Vierkant zur Sache zu sprechen.

Herr Rebenstorf bezog sich auf die Diskussion im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und sagte, dass in einer der kommenden Sitzungen eine Mitteilung über die Unfallzahlen am Glauchaer Platz erfolgt.

Weiter bezog er sich auf die Stellungnahme und betonte, dass man mit diesen Vorhaben in bestehende Planfeststellungsbeschlüsse eingreift und wahrscheinlich Fördermittel zurückgezahlt werden müssten.

Frau Ranft bezog sich auf Herrn Vierkants Aussage zum Verfahren von Stellungnahmen und schlug vor, dieses Thema in der Fraktionsvorsitzendenrunde anzusprechen.

Sie sprach nun zum Antrag und sagte, dass viel Geld für diese Ampelanlagen in die Hand

genommen wurden und es zum jetzigen Zeitpunkt nicht gut wäre, diese für ein Modellprojekt abzuschalten. Sie äußerte ihre Ablehnung gegen den Antrag.

Herr Dr. Wend fragte, ob es möglich ist, die Ampelanlagen ab 22 Uhr abzuschalten.

Herr Heym sagte, dass es nicht das Anliegen war, eine Grundsatzdebatte aufzumachen. Er nahm die Anregung auf, einen Antrag zu stellen, um das Verfahren der Stellungnahmen zu diskutieren.

Herr Bernstiel äußerte, dass es schade ist, dass zum heutigen Ausschuss keine Unfallzahlen vorgelegt werden konnten.

Weiter sagte er, dass es unverantwortlich wäre, die Ampelanlage am Glauchaer Platz abzuschalten und verwies auf das hohe Verkehrsaufkommen sowie die Straßenbahnlinien und den Fußgängerverkehr. Er äußerte seine Ablehnung gegen den Antrag.

Herr Vierkant bat um eine Nichtabstimmung des Antrages im Ausschuss. Er erklärte, dass seine Fraktion die Überlegung hat, den Antrag in der Stadtratssitzung in eine Anregung umzuwandeln.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass durch eine heutige Abstimmung, der Antrag trotzdem zum Stadtrat in eine Anregung umgewandelt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen ob der Glauchaer Platz im Rahmen eines Pilotprojektes ohne oder mit weniger Ampel-/ Lichtsignalanlagen gestaltet werden kann. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Stadtrat bis Juni 2025 vorgelegt.

zu 8 Mitteilungen

**zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Nach- und Vorbereitung der Weihnachtsmärkte 2024 und 2025
Vorlage: VIII/2024/00649**

Herr Paulsen informierte, dass die Verwaltung im Frühjahr zu einer Zusammenkunft des Markt- und Volksfestbeirates einlädt. Einen Mehrwert einer frühzeitigeren Zusammenkunft sieht die Verwaltung nicht, sodass der übliche Turnus beibehalten wird.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Auflistung hallescher Sportstätten
Vorlage: VIII/2024/00610

Frau Brederlow informierte, dass eine Übersicht vom Landessportbund über alle halleschen Sportanlagen und Sporteinrichtungen existiert. Diese Übersicht ist unter <https://sportatlas-sachsen-anhalt.de/bgi/index.html> zu finden, sowie auf der halleschen Internetseite.

Herr Wels merkte an, dass auf dieser Internetseite die Übersicht unvollständig ist. Aus diesem Grund wurde die Anregung gestellt. Er bat um eine Aktualisierung.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi zur Einrichtung eines Runden Tisch „sicheres Stadtleben“
Vorlage: VIII/2024/00618

Herr Paulsen informierte, dass die Stadtverwaltung das angeregte Format „Runder Tisch - sicheres Stadtleben“ für nicht zweckmäßig erachtet. Er verwies beispielsweise auf den bereits bestehenden Präventionsrat, wo Fragen von Sicherheit und Kriminalprävention diskutiert werden.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi zur Überarbeitung des Anmeldeprozedere für Veranstaltungen
Vorlage: VIII/2024/00619

Herr Paulsen informierte, dass eine Berechnung von Veranstaltungen nach Stunden in der Sondernutzungsgebührensatzung nicht vorgesehen ist.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi zur Einführung eines Stadtführers, in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH
Vorlage: VIII/2024/00620

Herr Paulsen verwies in Abstimmung mit dem Stadtmarketing Halle beispielhaft auf das Buch „Glücksorte in Halle“ und den Stadtführer Halle (Saale) sowie verschiedene Kulturstadtpläne und die mehrsprachige Broschüre „Halle an einem Tag“.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Thomas Schied zur Beschilderung Schopenhauerstraße/Reilstraße

Herr Paulsen informierte, dass für die Anwendung der Grünpfeilbeschilderung gemäß der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung strenge Voraussetzungen existieren, welche durch die Stadt strikt beachtet werden. Das Unfallgeschehen an allen Knoten mit Grünpfeilregelung wird entsprechend den Vorgaben ständig ausgewertet. Im Falle einer Häufung von Unfällen, bei denen der Grünpfeil ein unfallbegünstigender Faktor war, ist der Grünpfeil zu entfernen, soweit nicht verkehrstechnische Verbesserungen möglich sind. Unfallbegünstigend ist der Grünpfeil immer dann, wenn ein Verkehrsteilnehmer bei Lichtzeichen "Rot" nach Grünpfeilregelung rechts abbiegt und dabei mit einem Verkehrsteilnehmer der freigegebenen Richtung kollidiert. Eine Unfallhäufung liegt in der Regel vor, wenn in einem Zeitraum von drei Jahren zwei oder mehr Unfälle mit Personenschaden, drei Unfälle mit schwerwiegenden oder fünf Unfälle mit geringem Verkehrsverstoß geschehen sind. Die Stadt Halle sieht in dem Einsatz des Grünpfeils eine verkehrsorganisatorische Möglichkeit, die Flüssigkeit des Verkehrs insbesondere bei Knoten mit hoher Verkehrsbelegung nachhaltig zu verbessern, durch diese Regelung können Freiräume, Verkehrsstrom der freigegebenen Richtung durch Rechtsabbieger genutzt werden. Am Knoten Schopenhauerstraße/Reilestraße haben sich im Zeitraum 2015 bis September 2024 keine Unfälle ereignet, bei denen der Grünpfeil ein unfallbegünstigender Faktor war. Eine verkehrsbehördliche Anordnung zur Entfernung des Grünpfeils ist gegenwärtig nicht vorgesehen.

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zum Thema Orgacid

Herr Rebenstorf teilte mit, dass die Stadt, sobald es neue Informationen gibt, wieder berichten wird.

zu 8.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zur Dieselstraße

Herr Rebenstorf informierte, dass die Stadt einen Ortstermin mit Herrn Schiedung durchführen wird, um das Anliegen mit ihm konkret zu besprechen.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine Anfragen.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Herr Dr. Wend zum TOP 8.3

Herr Dr. Wend bezog sich auf die Anregung zum Runden Tisch „sicheres Stadtleben“ und regte an, zu prüfen, ob der Präventionsrat diese Themen ganz abfassen kann.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Bürgermeister Geier bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Egbert Geier
Bürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer